

Programm:
Programmleitung/ÖA-
Leitung/Budgetverantwortung:
Vertragsnummer:

Demokratie leben!
Isgard Walla
2025-10-04

Anlage 2: Rahmenvereinbarung

Im Rahmen des vom Programm “Demokratie leben!” geförderten Projekts “Jugendapp” soll vom Auftragnehmer eine App entwickelt werden, die es Jugendlichen ermöglicht sich im ländlichen Raum Brandenburgs niedrigschwellig, sicher und interaktiv an kommunalen Entscheidungs- und Gestaltungsprozessen zu beteiligen.

Für den Prozess der Entwicklung dieser App vereinbaren die Parteien folgende Honorarleistungen:

zwischen
Auftraggeberin (AG)

Landesfachverband Medienbildung Brandenburg e.V. (LMB)

Vertreten durch:
Anschrift:

Frank Feuerschütz
(Vorstandsvorsitzender)
Dennis-Gabor-Str. 2
14469 Potsdam

und Auftragnehmer*in (AN)

Anschrift

Steuernummer

Kurzbeschreibung der
auszuführenden Leistungen

- A. Beratung zur technischen und funktionalen Umsetzung der App
- B. Erstellung eines technischen Konzepts inkl. Architektur, Schnittstellen und Sicherheitsanforderungen
- C. Design und UX/UI-Entwicklung in Abstimmung mit den Auftraggebenden
- D. Programmierung und Implementierung der App-Funktionalitäten
- E. Integration von Drittanbieter-Diensten und Schnittstellen

- F. Test und Qualitätssicherung (Funktionstests, Usability-Tests und Fehlerbehebung)
- G. Bereitstellung und Veröffentlichung der App in den jeweiligen App Stores
- H. Wartung und Support nach Veröffentlichung sowie Weiterentwicklung und Updates

Vertragsbeginn und -ende **20.11.2025** bis 31.12.2028

Einheit, nach der die Einzelleistungen abgefordert werden (brutto)

- a) Stundensatz
- b) Tagessatz
- c) Pauschale

Vergütung der Einheit (entsprechend dem Angebot vom XX.XX.XXXX)

- a) XX,XX Euro/Stunde (für Leistungen siehe Angebot)
- b) XXXX,XX Euro/Tag (für Leistungen siehe Angebot)
- c) XXXX,XX Euro/pauschal

Der geschätzte Auftragswert beträgt 120.000 Euro brutto. Die Höchstabnahmemenge beträgt 144.000 Euro brutto. Bei einer Verlängerung um ein weiteres Jahr beträgt der Auftragswert nochmals 10.000 Euro brutto, sowie die Höchstabnahmemenge nochmals 2000 Euro brutto. Mit Erreichen der Höchstabnahmemenge endet die Rahmenvereinbarung automatisch.

Gesamthonorar (inkl. ggf. anfallender USt.)	Einmalige Leistungen	XXXX,XX Euro
	2025 50.000 Euro	XX.XXX,XX
	2026 50.000 Euro	Euro
	2027 20.000 Euro	
	2028	
	Wiederkehrende Leistungen	X.XXX,XX Euro
		X.XXX,XX Euro
		ca. XX.XXX,XX Euro

Die Fälligkeit und Vergütung der Einzelaufträge werden auf der Grundlage der Leistungsbeschreibung vom 16.10.2025 und des Angebots des Auftragsnehmers vom XX.XX.2025 nach Bedarf und in gegenseitiger Absprache in elektronischer Form (E-Mail) vereinbart.

Etwaige Abweichungen von der festgelegten Einheit werden entsprechend anteilig berechnet und vergütet. Der Auftragnehmer hat keinen Anspruch auf Erfüllung und Vergütung in Höhe des Maximalbudgets.

Reisekosten

Fahrt- und Unterkunftskosten werden gemäß den Vorschriften des Bundes- bzw. des angewendeten Landesreisekostengesetzes nach Vorlage der Originalbelege übernommen.

ja: _____

nein: x _____

Stundennachweis

Zusammen mit der Rechnung ist die Anlage „Stundennachweis zur Honorarrechnung“ einzureichen.

ja: x

nein:

ALLGEMEINE NEBENBESTIMMUNGEN

1. Selbständigkeit des Auftragnehmers

Soweit der*die Auftragnehmer*in („der AN“) tätig wird, arbeitet er*sie weisungsfrei. Er erbringt seine Arbeit selbstbestimmt zur Erfüllung dieses Auftrages. Der*die AN kann seine Tätigkeit im Wesentlichen frei gestalten und entscheidet über die Art und Weise der Auftragserfüllung im Rahmen des durch den Vertrag festgelegten Inhaltes allein. Unbedingt erforderliche zeitliche Vorgaben und örtliche Bindungen bei der Erbringung der Leistung beruhen nicht auf Weisungsrecht, sondern auf vertraglichen Abreden. Unbeschadet der Freiheit von Weisungen und Arbeitszeitregelungen gehen die Vertragspartner davon aus, dass der Vertragszweck nur dann erreicht wird, wenn der*die Auftragnehmer*in die beschriebenen Aufgaben termin- und qualitätsgerecht erfüllt. Ein Arbeitsverhältnis wird durch diesen Vertrag nicht begründet. Dem*der AN steht es frei auch für andere Auftraggeber*innen tätig zu sein.

2. Ausführungsfristen, Fälligkeit der Ansprüche, Nachbesserung, Rechnungslegung, Verfallen der Ansprüche

(1) Die Leistung des*der AN ist innerhalb der im Vertrag genannten Zeit zu erbringen. Können Ausführungsfristen durch den*die AN nicht eingehalten werden, sind diese der AG unter Angabe von Gründen unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

(2) Ist die Leistung von Diensten geschuldet, wird die Vergütung nach tatsächlich erbrachter Leistung gegen (Zwischen-)Rechnungslegung zur Zahlung fällig. Bei der Herstellung eines Werkes wird der Vergütungsanspruch nach Abnahme durch die AG und (Zwischen-) Rechnungslegung durch den*die AN fällig. Abschlagszahlungen gelten nicht als Abnahme von Teilen der Leistung.

(3) Die AG behält sich vor, bei Leistungen, die nicht oder nicht in vereinbartem Umfang oder nicht in der vereinbarten Qualität erbracht worden sind, Nachbesserung innerhalb einer angemessenen Frist zu verlangen.

(4) Die Auszahlung der Vergütung erfolgt nach (Zwischen-) Rechnungslegung für tatsächlich erbrachte Leistungen, die unter Bezugnahme auf die Positionen und die Gliederung des Angebots bzw. der Kalkulation des*der AN nachprüfbar und übersichtlich darzulegen sind. Die Rechnung (ggf. inklusive Stundennachweis) muss innerhalb von drei Monaten nach Vertragsende beim lmb e.V. eingehen und die tatsächlich erbrachten Leistungen enthalten. Bei Verträgen, deren Leistungszeitraum oder deren Abrechnungsfrist einen Jahreswechsel einschließt oder deren Ende auf das Jahresende fällt, ist abweichend von Satz 2 die bis 31.12. eines Jahres erbrachte (Teil-) Leistung bis spätestens 15.01. des Folgejahres (zwischen-) abzurechnen.

Die Rechnung enthält eine Rechnungsnummer, Name und Anschrift des*der AN, eine Beschreibung der Tätigkeit (auszuführende Leistung, Ort, Zeitraum) sowie die Steuernummer oder Umsatzsteuer-Identifikationsnummer. Die Umsatzsteuer muss ausgewiesen sein bzw. ein Hinweis auf eine Umsatzsteuerbefreiung (z.B. „Kleinunternehmerregelung“ gem. § 19 Umsatzsteuergesetz) vorliegen.

(5) Sämtliche Ansprüche aus diesem Vertrag sind spätestens innerhalb von drei Monaten nach Ende der Vertragslaufzeit schriftlich geltend zu machen. Ansprüche, insb. die Honoraransprüche des*der AN, welche nicht rechtzeitig schriftlich geltend gemacht werden, verfallen.

3. Nutzungsrechte

(1) Der*die AN räumt der AG gem. § 31 Urheberrechtsgesetz (UrhG) unter Ausschluss der Vorbehalte des § 37 UrhG das bereits mit der vereinbarten Vergütung abgegoltene ausschließliche, zeitlich unbegrenzte und weltweit gültige Nutzungsrecht am Ergebnis und an allen Teilergebnissen ein. Das Nutzungsrecht bezieht sich ggf. auf die Software, insbesondere deren Objekt- und Quellcode in allen Entwicklungs-, Zwischen- und Endstufen und die zugehörigen

Dokumentationen sowie auf sonstige für die Ausübung der Nutzungsrechte notwendige Materialien wie beispielsweise Analysen, Lasten- bzw. Pflichtenhefte, Konzepte und Beschreibungen.

(2) Das Nutzungsrecht umfasst insbesondere die in §§ 15, 87 b) und § 88 UrhG genannten Nutzungsarten sowie die Bearbeitung, Umgestaltung und Speicherung auf einem beliebigen bekannten Medium oder in anderer Weise. Von dem Nutzungsrecht umfasst ist die körperliche und unkörperliche Verbreitung (auch in sozialen Netzwerken). Die AG ist berechtigt, das Nutzungsrecht Dritten zu übertragen oder ihnen einfache Nutzungsrechte einzuräumen, dies gilt insbesondere für diejenigen Programmpartner, aus deren Fördermitteln diese Leistung ggf. finanziert wird. Die Ausübung des Rücktrittsrechts nach § 41 UrhG wird für die Dauer von fünf Jahren ausgeschlossen.

(3) Der*die AN sichert zu, dass die von ihm im Rahmen dieses Vertrages angefertigten Produkte Rechte Dritter nicht verletzen und stellt die AG von etwaigen (Schadensersatz-) Ansprüchen Dritter frei.

4. Datenschutz

Wenn der*die AN im Rahmen seiner Leistungserbringung mit personenbezogenen Daten arbeitet bzw. darauf Zugriff erhält, wird eine Vereinbarung zur Auftragsdatenvereinbarung Bestandteil des Vertrages. Soweit der AG wegen der Verletzung datenschutzrechtlicher Vorschriften im Rahmen des Vertragsverhältnisses zum Schadensersatz gegenüber Betroffenen verpflichtet ist, bleibt ihr der Rückgriff beim AN vorbehalten.

5. Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse

Die Vertragspartner und ihre Erfüllungsgehilfen sind Dritten gegenüber zur Verschwiegenheit über Geschäfts- oder Betriebsgeheimnisse, dienstliche Angelegenheiten und alle geheimen oder geschützten Daten verpflichtet.

6. Kündigung

(1) Die AG ist berechtigt, den Vertrag unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist zum Monatsende – ganz oder teilweise – ordentlich schriftlich zu kündigen. Die AG ist berechtigt, den Vertrag jederzeit aus wichtigem Grund mit sofortiger Wirkung – ganz oder teilweise – schriftlich zu kündigen. Im Falle einer Kündigung teilt die AG dem AN schriftlich mit, ob und ggf. welche begonnenen Arbeiten noch zu beenden sind. Der*die AN ist verpflichtet, die entsprechenden Arbeiten zu den Bedingungen des gekündigten Vertrages auszuführen. Ein Rechtsanspruch des*der AN, begonnene Arbeiten zu beenden, besteht nicht.

(2) Die Vergütung beschränkt sich auf die bis zum Zeitpunkt der Wirksamkeit der Kündigung vom AN erbrachten Leistungen sowie auf die Leistungen, die aufgrund einer schriftlichen Mitteilung der AG gem. Abs. 1 beendet werden.

(3) Zusätzlich zu den anteiligen Vergütungsansprüchen nach Abs. 2 hat der*die AN im Falle der Kündigung einen Anspruch auf Restabgeltung zusätzlicher, nicht vergüteter Arbeiten/Leistungen, die er im Zusammenhang mit dem vorzeitigen Vertragsende zwingend erbringen muss. Voraussetzung für diesen Anspruch ist, dass der*die AN die Gründe, die zur Kündigung geführt haben, nicht zu vertreten und nach Zugang der Kündigung unverzüglich alles unternommen hat, um solche Leistungen unverzüglich zu beenden, die nicht mehr im Interesse der AG liegen. Der Anspruch auf Restabgeltung für die Abwicklung von Unteraufträgen besteht nur, wenn der*die AN das Unterauftragsverhältnis unverzüglich beendet hat. Für die Restabgeltung sind die Regelungen dieses Vertrages zur Vergütung sinngemäß anzuwenden.

(4) Der*die AN ist verpflichtet, die Tatsachen zu beweisen, die seinen Vergütungs- und/oder Restabgeltungsanspruch begründen.

(5) Im Falle der Kündigung sind die Ergebnisse der Leistungen des*der AN unverzüglich der AG abzuliefern bzw. vorzustellen. Die Rechte an diesen Ergebnissen sind auf den AG zu übertragen.

(6) Nach der Kündigung entstehende Ansprüche des*der AN werden fällig, sobald der*die AN seine Verpflichtungen gem. Abs. 6 und 7 erfüllt hat.

7. Vertragsende

Dieser Vertrag wird zunächst für den Zeitraum vom 20.11.2025 bis 31.12.2027 geschlossen und endet mit diesem Tag automatisch. Es bedarf keiner weiteren besonderen Kündigung.

(1) Es besteht die Option auf eine Vertragsverlängerung um ein weiteres Jahr, spätestens bis zum 31.12.2028. Wenn die Auftraggeberin von dieser Option Gebrauch macht, so hat sie dies der Auftragnehmerin spätestens einen Monat vor Ablauf der festen Vertragsdauer schriftlich mitzuteilen.

(2) Bei Erreichen der Höchstabnahmegrenze vor dem 31.12.2027 erlischt die Rahmenvereinbarung automatisch. Die Höchstabnahmegrenze beträgt 144.000 Euro brutto. Bei einer Verlängerung um ein weiteres Jahr beträgt der Auftragswert nochmals 10.000 Euro brutto, sowie die Höchstabnahmemenge nochmals 2000 Euro brutto.

7. Schlussbestimmungen

(1) Die Abtretung einer Forderung an Dritte aus diesem Vertrag an Dritte ist grundsätzlich ausgeschlossen und nur im Ausnahmefall nach vorheriger Zustimmung möglich.

(2) Änderungen, Ergänzungen oder Aufhebungen dieses Vertrages bedürfen der Schriftform. Dies gilt auch für die Abweichung vom Schriftformerfordernis. Mündliche Nebenabreden haben keine Gültigkeit. Die etwaige Unwirksamkeit einzelner Bestimmungen dieses Vertrages lässt die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen unberührt. Die Parteien sind gehalten, die unwirksame Bestimmung durch eine solche Bestimmung zu ersetzen, die rechtlich wirksam sind und nach Sinn und Zweck und wirtschaftlichem Ergebnis der unwirksamen Bestimmung möglichst nahekommen. Entsprechendes gilt für etwaige Regelungslücken des Vertrages.

(3) Bedingungen wie Liefer-, Zahlungs- und Geschäftsbedingungen des*der AN bedürfen einer ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung und werden auch dann nicht Vertragsinhalt, wenn die AG diesen nicht gesondert widerspricht.

Potsdam, den

Frank Feuerschütz
Vorstandsvorsitzender

Auftragnehmer*in